S 48 KR 6271/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 48 KR 6271/19
Datum	12.05.2021

2. Instanz

Aktenzeichen	L 11 KR 547/21
Datum	15.06.2022

3. Instanz

Datum	20.02.2024

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 15.Â JuniÂ 2022 wird zurÃ¼ckgewiesen.

AuÃ□ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die Beteiligten streiten um die HÃ¶he der BeitrÃ¤ge zur freiwilligen gesetzlichen Kranken (GKV) und sozialen Pflegeversicherung (sPV) wÃ¤hrend des Bezugs von Elterngeld und der Elternzeit in der Zeit vom 5.6.2018 bis zum 8.6.2020.

2
Die KlÃ¤gerin war seit 2011 wegen Ã□berschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze bei der beklagten Krankenkasse freiwillig in der GKV und bei der beigeladenen

Pflegekasse in der sPV versichert. Zu den zu zahlenden HÃ¶chstbeitrÃ¤gen erhielt sie einen Arbeitgeberzuschuss (zuletzt: Beitragsbescheid vom 14.1.2019 fÃ¼r die Zeit ab Januar 2019). Ihr Ehemann war selbststÃ¤ndig tÃ¤tig und privat krankenversichert. Sein Einkommen Ã¼berstieg Â nach Abzug eines Betrags in HÃ¶he von einem Drittel der monatlichen BezugsgrÃ¶Ãe fÃ¼r das im AprilÂ 2018 geborene KindÂ die Beitragsbemessungsgrenze und die Jahresarbeitsentgeltgrenze in der GKV. Die KlÃ¤gerin bezog vom 5.6.2018 bis zum 8.5.2019 ausschlieÃlich Elterngeld und war anschlieÃend bis 8.6.2020 in Elternzeit ohne BezÃ¼ge. Die Beklagte setzte fÃ¼r diese Zeit auch im Namen der Beigeladenen BeitrÃ¤ge zur GKV und sPV auf der Grundlage der hÃ¤lftigen Beitragsbemessungsgrenze fest (insgesamt monatlich 390,51Â Euro , 409,06Â Euro durch Bescheid vom 15.7.2019, Widerspruchsbescheid vom 9.10.2019, insgesamt monatlich 422,58Â Euro durch Bescheid vom 13.1.2020).

3
Das SG hat die auf Zahlung nur von MindestbeitrÃ¤gen gerichtete Klage abgewiesen (Urteil vom 12.5.2021). Das LSG hat die Berufung zurÃ¼ckgewiesen. Die Beklagte habe die BeitrÃ¤ge unter Anwendung der Regelungen der BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler (BeitrVerfGrsSz) zutreffend festgesetzt. Die BerÃ¼cksichtigung des Ehegatteneinkommens laufe nicht dem Zweck des Elterngeldes zuwider, Eltern, die sich der Betreuung eines neugeborenen Kindes widmeten, bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage zu helfen. Das Elterngeld solle einen Schonraum erÃ¶ffnen, damit Familien ohne grÃ¶Ãere finanzielle NÃ¶te in das Familienleben hineinfinden kÃ¶nnten. Die damit verbundene Existenzsicherung werde durch die nur bei hÃ¶heren EinkÃ¼nften zum Tragen kommende BerÃ¼cksichtigung des Ehegatteneinkommens nicht unterlaufen. Auch die gesetzlich angeordnete Beitragsfreiheit des Elterngeldes sei nicht in Frage gestellt. ArtÂ 3 AbsÂ 1 und ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG seien nicht verletzt. Der Staat sei zwar zu einem Familienlastenausgleich verpflichtet, in dessen Ausgestaltung aber weitgehend frei. Auch gegen den besonderen Gleichheitssatz, der jeder belastenden Differenzierung entgegenstehe, die an die Existenz einer Ehe anknÃ¼pfe, werde nicht verstoÃen. Die Besserstellung unverheirateter Eltern bei der Beitragsbemessung falle als punktuelle Benachteiligung verheirateter Eltern angesichts insgesamt weitreichender MaÃnahmen des Familienlastenausgleichs im SGBÂ V bei einer Gesamtbetrachtung nicht ins Gewicht. Es sei auch kein verfassungswidriger Eingriff in die Entscheidung der KlÃ¤gerin und ihres Ehemanns Ã¼ber die Aufgabenverteilung in der Ehe zu erkennen (Urteil vom 15.6.2022).

4
Mit ihrer Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin die Verletzung von ArtÂ 6 AbsÂ 1, 2, 4 und 5 iVm ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG durch Â§Â 240 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ V. Sie werde bei der Beitragsbemessung wÃ¤hrend der Elternzeit gegenÃ¼ber einer nicht verheirateten Mutter ungerechtfertigt benachteiligt, die nur MindestbeitrÃ¤ge zahlen mÃ¼sse. Das LSG verweise insofern auf den Familienlastenausgleich, von dem aber die nicht verheirateten MÃ¼tter ebenso profitieren wÃ¼rden. Verheiratete Eltern wÃ¼rden wirtschaftlich schlechter gestellt als nicht verheiratete Eltern. Die Lebensgemeinschaft von Eltern und Kind werde unabhÃ¤ngig von einer EheschlieÃung durch das Einkommen des Partners geprÃ¤gt. Auch die durch ein

gemeinsames Kind verbundenen nicht verheirateten Eltern stÃ¼nden fÃ¼reinander ein. Der Zwang, hohe BeitrÃ¤ge zu zahlen, greife zudem in die Entscheidungsfreiheit der Eheleute zur Aufgabenverteilung in der Ehe und ausschlieÃlichen Kinderbetreuung eines Ehegatten ein.

5
Die KlÃ¤gerin beantragt,

die Urteile des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 15.Â JuniÂ 2022 und des Sozialgerichts Dortmund vom 12.Â MaiÂ 2021 aufzuheben sowie den Bescheid der Beklagten vom 15.Â JuliÂ 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 9.Â OktoberÂ 2019 und in der Fassung des Bescheids vom 13.Â JanuarÂ 2020 insoweit aufzuheben, als ein den monatlichen Mindestbeitrag eines selbststÃ¤ndig tÃ¤tigen freiwillig gesetzlich versicherten Versicherungsnehmers Ã¼bersteigender Beitrag festgesetzt worden ist.

6
Die Beklagte beantragt,

die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

II

7
Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin, Ã¼ber die der Senat mit dem EinverstÃ¤ndnis der Beteiligten durch Urteil ohne mÃ¼ndliche Verhandlung entschieden hat (Â§Â 124 AbsÂ 2 SGG), ist unbegrÃ¼ndet. Das LSG hat die Berufung der KlÃ¤gerin zu Recht zurÃ¼ckgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 15.7.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 9.10.2019 und in der Fassung des Bescheids vom 13.1.2020 ist rechtmÃ¤Ãig und verletzt die KlÃ¤gerin nicht in ihren Rechten. Sie hat fÃ¼r den streitigen Zeitraum BeitrÃ¤ge zur GKV und sPV auf der Grundlage der hÃ¤lftigen Beitragsbemessungsgrenze zu zahlen.

8
1.Â Rechtsgrundlage fÃ¼r die korrigierende Beitragsfestsetzung durch den Bescheid vom 15.7.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 9.10.2019 sind Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 1 und Â§Â 44 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X (in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.1.2001, BGBlÂ IÂ 130). Danach soll der Verwaltungsakt mit Wirkung ab Ãnderung der VerhÃ¤ltnisse aufgehoben werden, soweit in den tatsÃ¤chlichen oder rechtlichen VerhÃ¤ltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche Ãnderung eintritt und die Ãnderung zugunsten des Betroffenen erfolgt. Diese Voraussetzungen sind fÃ¼r die Zeit bis 31.12.2018 wegen der unterbliebenen BerÃ¼cksichtigung der (nur) hÃ¤lftigen Beitragsbemessungsgrenze erfÃ¼llt. Der Verwaltungsakt ist auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit zurÃ¼ckzunehmen, soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei seinem Erlass das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb BeitrÃ¤ge zu Unrecht erhoben

worden sind. Das ist hier in Bezug auf den Bescheid vom 14.1.2019 fÃ¼r die Zeit ab 1.1.2019 der Fall.

9
Die Beitragsfestsetzung fÃ¼r die Zeit vom 1.1. bis zum 8.6.2020 durch den Bescheid vom 13.1.2020 bestimmt sich nach Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X (idF der Bekanntmachung vom 18.1.2001 aaO). Danach ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung fÃ¼r die Zukunft aufzuheben, soweit in den tatsÃ¤chlichen oder rechtlichen VerhÃ¤ltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche Änderung eintritt. Die fÃ¼r die Zeit ab 1.1.2020 festgesetzte Beitragsforderung ist erst zum FÃ¼nfzehnten des jeweils folgenden Monats fÃ¤llig geworden (vgl Â§Â 23 AbsÂ 1 SatzÂ 4 SGBÂ IV idF des GKVFinanzstruktur und QualitÃ¤tsWeiterentwicklungsgesetzes Â GKV-FQWGÂ vom 21.7.2014, BGBlÂ IÂ 1133).

10
2.Â Auch in der Sache ist die Beitragsfestsetzung nicht zu beanstanden. Die KlÃ¤gerin war als freiwilliges Mitglied der Beklagten nicht wegen des Bezugs von Elterngeld oder wegen der Elternzeit beitragsfrei (dazuÂ a). Ihre beitragspflichtigen Einnahmen bestanden aus der HÃ¤lfte des Einkommens ihres Ehegatten bis zur hÃ¤lftigen Beitragsbemessungsgrenze (dazuÂ b). Die maÃgebenden Regelungen der BeitrVerfGrsSz vom 27.10.2008 (eBanz vom 4.11.2008; fÃ¼r die hier streitigen ZeitrÃ¤ume vom 5.6. bis zum 14.12.2018 idF der Siebten Änderung vom 15.11.2017 , vom 15.12.2018 bis zum 31.12.2019 idF der Achten Änderung vom 28.11.2018 und vom 1.1. bis zum 8.6.2020 idF der Neunten Änderung vom 18.3.2020) sind mit dem SGBÂ V (dazuÂ c) und dem Grundgesetz (dazuÂ d) vereinbar.

11
a)Â Nach Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ V (idF des GKVWettbewerbsstÃ¤rkungsgesetzes vom 26.3.2007 , BGBlÂ I 378) wird die Beitragsbemessung fÃ¼r freiwillige Mitglieder einheitlich durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (SpVBdKK) geregelt. Die freiwillige Mitgliedschaft der KlÃ¤gerin in der GKV hat wÃ¤hrend der Elternzeit und des Bezugs von Elterngeld fortbestanden. Sie hat weder im streitigen Zeitraum einen Versicherungspflichttatbestand, insbesondere nicht nach Â§Â 5 AbsÂ 1 SGBÂ V, erfÃ¼llt (Â§Â 191 NrÂ 2 SGBÂ V), noch ihre Mitgliedschaft wirksam gekÃ¼ndigt (Â§Â 175 AbsÂ 4, Â§Â 191 NrÂ 3 SGBÂ V). Die KlÃ¤gerin war als freiwilliges Mitglied auch nicht ausnahmsweise fÃ¼r die Dauer der Elternzeit beitragsfrei. Zwar war sie vor der Inanspruchnahme der Elternzeit nach Â§Â 15 Bundeselterngeld und Elternzeitgesetz (BEEG) dem Personenkreis der nach Â§Â 6 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ V versicherungsfreien Arbeitnehmer zuzurechnen. Damit wÃ¤re sie fÃ¼r die Dauer der Elternzeit beitragsfrei gewesen, wenn ohne die freiwillige Mitgliedschaft die Voraussetzungen der Familienversicherung nach Â§Â 10 SGBÂ V vorgelegen hÃ¤tten (Â§Â 8 AbsÂ 6 BeitrVerfGrsSz). DafÃ¼r fehlte es aber bereits an der (Stamm)Versicherung ihres Ehemanns in der GKV.

12

b)Â Dem Regelungsauftrag des Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ V ist der SpVBdKK durch Erlass der BeitrVerfGrsSz nachgekommen. Danach hat die KlÃ¤gerin BeitrÃ¤ge auf der Grundlage der halben Beitragsbemessungsgrenze zu entrichten.

13
Die BeitrÃ¤ge werden nach den beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds bemessen (Â§Â 2 AbsÂ 1 SatzÂ 1 BeitrVerfGrsSz). Bei Mitgliedern, deren Ehegatte nicht einer Krankenkasse (Â§Â 4 AbsÂ 2 SGBÂ V) angehÃ¶rt, setzen sich nach Â§Â 2 AbsÂ 4 BeitrVerfGrsSz die beitragspflichtigen Einnahmen aus den eigenen Einnahmen und den Einnahmen des Ehegatten zusammen (SatzÂ 1). Von den Einnahmen des Ehegatten ist fÃ¼r jedes gemeinsame unterhaltsberechtigte Kind, fÃ¼r das eine Familienversicherung nur wegen der Regelung des Â§Â 10 AbsÂ 3 SGBÂ V nicht besteht, ein Betrag in HÃ¶he von einem Drittel der monatlichen BezugsgrÃ¶Ãe nach Â§Â 18 AbsÂ 1 SGBÂ IV abzusetzen (SatzÂ 3). FÃ¼r die Beitragsbemessung werden Â abgesehen von hier nicht einschlÃ¤gigen Ausnahmen (vgl SatzÂ 5)Â nacheinander die eigenen Einnahmen des Mitglieds und die Einnahmen des Ehegatten bis zur HÃ¤lfte der sich aus der nach den SÃ¤tzenÂ 1 bisÂ 3 ergebenden Summe der Einnahmen, hÃ¶chstens bis zu einem Betrag in HÃ¶he der halben Beitragsbemessungsgrenze, berÃ¼cksichtigt (SatzÂ 4). Diese Regelungen hat die Beklagte auch im Namen der Beigeladenen zutreffend angewandt. Die HÃ¤lfte der um ein Drittel der monatlichen BezugsgrÃ¶Ãe fÃ¼r das gemeinsame Kind reduzierten Einnahmen des Ehemanns der KlÃ¤gerin Ã¼berstiegen die hÃ¤lftige Beitragsbemessungsgrenze, so dass nur insoweit BeitrÃ¤ge festgesetzt worden sind. Fehler in der Beitragsberechnung sind weder geltend gemacht worden noch ersichtlich. Entsprechendes gilt fÃ¼r die BeitrÃ¤ge zur sPV (Â§Â 57 AbsÂ 4 SatzÂ 1 SGBÂ XI).

14
c)Â Â§Â 2 AbsÂ 4 SatzÂ 1 undÂ 4 BeitrVerfGrsSz verstoÃen nicht gegen hÃ¶herrangiges Recht. Diese Regelungen sind mit der ErmÃ¤chtigungsgrundlage des Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ V (idF des GKVFQWG vom 21.7.2014, BGBlÂ IÂ 1133) iVm Â§Â 240 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ V (idF des GKVWSG vom 26.3.2007, BGBlÂ IÂ 378) und der Beitragsfreiheit Elterngeld beziehender Mitglieder nach Â§Â 224 AbsÂ 1 SGBÂ V (idF des Betreuungsgeldgesetzes vom 15.2.2013, BGBlÂ IÂ 254, und des GKVVersichertenentlastungsgesetzes vom 11.12.2018, BGBlÂ IÂ 2387) unter BerÃ¼cksichtigung des BEEG vereinbar.

15
Nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des Senats ist der SpVBdKK durch Erlass der sowohl die Krankenkassen als auch die Versicherten bindenden BeitrVerfGrsSz dem gesetzlichen Regelungsauftrag in Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ V grundsÃ¤tzlich im Einklang mit hÃ¶herrangigem Gesetzes und Verfassungsrecht nachgekommen (grundlegend hierzu BSG Urteil vom 19.12.2012 Â BÂ 12Â KR 20/11Â RÂ BSGE 113,Â 1 = SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 17, LSÂ 1 sowie RdNrÂ 13Â ff; vgl auch BSG Urteil vom 10.10.2017 Â BÂ 12Â KR 16/16Â RÂ SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 32 RdNrÂ 15; BSG Urteil vom 18.10.2022 Â BÂ 12Â KR 6/20Â RÂ SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 39 RdNrÂ 11). Es ist deshalb lediglich zu prÃ¼fen, ob der SpVBdKK die Grenzen der ihm eingerÃ¤umten Regelungsbefugnis konkret eingehalten hat und seine

untergesetzliche Normsetzung nicht gegen hÃ¶herrangiges Recht, insbesondere Verfassungsrecht verstÃ¶Ãt.

16
Â§Â 2 AbsÂ 4 SatzÂ 1 undÂ 4 BeitrVerfGrsSz ist mit Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ V vereinbar. Danach ist sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit des freiwilligen Mitglieds berÃ¼cksichtigt. Auch wenn das Arbeitsentgelt ihres Ehegatten keine berÃ¼cksichtigungsfÃ¤hige eigene Einnahme der KlÃ¤gerin ist, bestimmt es doch ihre wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit (vgl BSG Beschluss vom 24.6.1985 Â GS 1/84Â BSGE 58, 183, 201 = SozR 2200 Â§Â 180 NrÂ 27, juris RdNrÂ 63; BSG Urteil vom 28.5.2015 Â BÂ 12Â KR 15/13Â RÂ BSGE 119, 107 = SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 25, RdNrÂ 29Â ff). Denn die LebensfÃ¼hrung von Ehegatten wird durch das gemeinsame Einkommen bestimmt (BSG Urteil vom 24.11.1992 Â 12Â RK 8/92Â BSGE 71, 244, 247 = SozR 32500 Â§Â 224 NrÂ 2, juris RdNrÂ 17; BSG Urteil vom 24.4.2002 Â BÂ 7/1 A 1/00Â RÂ BSGE 89, 213 = SozR 32500 Â§Â 240 NrÂ 42) und kann der Beitragsbemessung in bestimmten Grenzen und auf Â wie hierÂ klarer normativer Grundlage zugrunde gelegt werden (BSG Urteil vom 17.5.2001 Â BÂ 12Â KR 31/00Â RÂ SozR 32500 Â§Â 240 NrÂ 38, juris RdNrÂ 11).

17
Die streitige Beitragsbemessung verstÃ¶Ãt nicht gegen das Verbot der Abstufung nach dem Familienstand (Â§Â 240 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ V). Â§Â 240 AbsÂ 5 SGBÂ V (idF des Gesetzes zur Ãnderungen arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 17.7.2009, BGBlÂ I 1990) setzt fÃ¼r die GewÃ¤hrung von KinderfreibetrÃ¤gen die BerÃ¼cksichtigung von Einkommen des Ehegatten voraus, der nicht einer gesetzlichen Krankenkasse angehÃ¶rt, und normiert damit fÃ¼r Eheleute in verschiedenen Versicherungssystemen eine Ausnahme zu Â§Â 240 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ V. Die Sonderregelung erlaubt, das Einkommen des Ehegatten anzurechnen und definiert die dabei bestehenden Â hier eingehaltenenÂ Grenzen (vgl PadÃ© in jurisPKSGBÂ V, 4.Â Aufl 2020, Â§Â 240 RdNrÂ 53, Stand 19.12.2023).

18
Â§Â 2 AbsÂ 4 SatzÂ 1 undÂ 4 BeitrVerfGrsSz verstÃ¶Ãt auch nicht gegen die in Â§Â 224 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ V geregelte Beitragsfreiheit bezogenen Elterngelds. Die auf freiwillig Versicherte anwendbare Vorschrift (vgl BSG Urteil vom 26.3.1998 Â BÂ 12Â KR 45/96RÂ SozR 32500 Â§Â 224 NrÂ 7 S 25, juris RdNrÂ 21Â f; BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2 RdNrÂ 18) begrÃ¼ndet die Beitragsfreiheit nur fÃ¼r das Elterngeld selbst (vgl BSG Urteil vom 26.5.2004 Â BÂ 12Â P 6/03Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 1 RdNrÂ 6). Sie fordert weder generell eine Beitragsfreiheit noch verdrÃ¤ngt sie spezialgesetzlich die Beitragspflicht sonstiger Einnahmen. Â§Â 224 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ V stellt vielmehr ausdrÃ¼cklich klar, dass sich die â□□Beitragsfreiheitâ□□ wÃ¤hrend des Bezugs von Elterngeld â□□nurâ□□ auf diese Leistung beschrÃ¤nkt. Insoweit ist es unerheblich, ob das Elterngeld zur bisherigen Beitragsbemessungsgrundlage hinzutritt oder ob es seinerseits an die Stelle des bisher der Beitragsbemessung allein zugrunde gelegten Arbeitsentgelts tritt, aber noch andere ihrer Art nach in der freiwilligen Versicherung beitragspflichtige Einnahmen vorhanden sind (vgl BSG Urteil vom

26.3.1998 Â BÂ 12Â KR 45/96Â RÂ SozR 32500 Â§Â 224 NrÂ 7 SÂ 25, juris RdNrÂ 21Â f; BSG Urteil vom 26.5.2004 Â BÂ 12Â P 6/03Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 1 RdNrÂ 6; BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2 RdNrÂ 18). Auch das BEEG zwingt nicht dazu, bei der Beitragsbemessung in der freiwilligen GKV und der sPV einen Freibetrag in HÃ¶he des tatsÃ¤chlichen bezogenen Elterngelds oder des Mindestelterngelds vorzusehen. Das BEEG trifft keine Regelung zur sozialversicherungsrechtlichen Beitragsbemessung.

19
d)Â Â§Â 2 AbsÂ 4 SatzÂ 1 undÂ 4 BeitrVerfGrsSz und Â§Â 240 AbsÂ 5 SGBÂ V verstoÃen nicht gegen Verfassungsrecht, insbesondere nicht gegen ArtÂ 3 AbsÂ 1 iVm ArtÂ 6 AbsÂ 1, 2, 4 und 5 GG.

20
Als verbindliche Wertentscheidung gewÃ¤hrleistet ArtÂ 6 GG fÃ¼r den gesamten Bereich des Ehe und Familie betreffenden privaten und Ã¶ffentlichen Rechts einen besonderen Schutz durch die staatliche Ordnung (BVerfG Beschluss vom 7.4.2022 Â 1Â BvL 3/18 uaÂ BVerfGE 161, 163 RdNrÂ 284; BSG Urteil vom 15.8.2018 Â BÂ 12Â KR 8/17Â RÂ BSGE 126, 189 = SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 36 RdNrÂ 19 mwN). Aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt, iVm dem Sozialstaatsprinzip lÃ¤sst sich zwar die allgemeine Pflicht des Staates zu einem Familienlastenausgleich entnehmen, nicht aber die Entscheidung darÃ¼ber, in welchem Umfang und auf welche Weise ein solcher sozialer Ausgleich vorzunehmen ist. Aus dem FÃ¶rderungsgebot des ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG lassen sich weder konkrete AnsprÃ¼che auf bestimmte staatliche Leistungen (BVerfG Urteil vom 12.2.2003 Â 1Â BvR 624/01Â BVerfGE 107, 205, 212Â f = SozR 42500 Â§Â 10 NrÂ 1 RdNrÂ 28) noch eine bestimmte Ausgestaltung des Beitragsrechts in der freiwilligen Krankenversicherung herleiten (BVerfG Beschluss vom 7.4.2022 Â 1Â BvL 3/18 uaÂ BVerfGE 161, 163 RdNrÂ 287; BSG Urteil vom 28.5.2015 Â BÂ 12Â KR 15/13Â RÂ BSGE 119, 107 = SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 25, RdNrÂ 31; BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2 RdNrÂ 3-376).

21
ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG, wonach alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, gebietet, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln. Damit ist dem Gesetzgeber allerdings nicht jede Differenzierung verwehrt. Das Grundrecht ist dann verletzt, wenn der Gesetzgeber eine Gruppe von Normadressaten anders als eine andere behandelt, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen kÃ¶nnten (BSG Urteil vom 28.5.2015 Â BÂ 12Â KR 15/13Â RÂ BSGE 119, 107 = SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 25, RdNrÂ 35 mwN; BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2 RdNrÂ 26). Die Grenzen, die der allgemeine Gleichheitssatz dem Gesetzgeber vorgibt, kÃ¶nnen sich von lediglich auf das WillkÃ¼rverbot beschrÃ¤nkten Bindungen bis hin zu strengen VerhÃ¤ltnismÃ¤Ãigkeitserfordernissen erstrecken. Relevant fÃ¼r das MaÃ der Bindung ist die MÃ¶glichkeit der Betroffenen, durch ihr Verhalten die

Verwirklichung der Differenzierungskriterien zu beeinflussen (vgl BVerfG Beschluss vom 7.4.2022 Â 1Â BvL 3/18 uaÂ BVerfGE 161, 163 RdNrÂ 280; BVerfG Beschluss vom 21.6.2011 Â 1Â BvR 2035/07Â BVerfGE 129, 49, 68Â f mwN). Sozialpolitische Entscheidungen des Gesetzgebers sind anzuerkennen, solange seine ErwÃ¤gungen weder offensichtlich fehlsam noch mit der Werteordnung des GG, insbesondere dem besonderen Schutz von Ehe und Familie (BVerfG Beschluss vom 7.4.2022 Â 1Â BvL 3/18 uaÂ BVerfGE 161, 163 RdNrÂ 284, 287, 316), unvereinbar sind (vgl BVerfG Beschluss vom 18.7.2005 Â 2Â BvF 2/91Â BVerfGE 113, 167, 215 = SozR 42500 Â§Â 266 NrÂ 8 RdNrÂ 84Â ff mwN; BSG Urteil vom 18.11.2015 Â BÂ 12Â KR 21/14Â RÂ SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 30; BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2 RdNrÂ 26). Punktuelle gesetzliche Benachteiligungen sind auch unter BerÃ¼cksichtigung des ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG hinzunehmen, wenn die Tendenz des Gesetzes auf Ausgleich familiÃ¤rer Belastungen abzielt, dabei Eheleute teilweise begÃ¼nstigt und teilweise benachteiligt, die gesetzliche Regelung im Ganzen betrachtet aber keine Schlechterstellung von Eheleuten bewirkt (BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 14.6.2011 Â 1Â BvR 429/11Â juris RdNrÂ 17; BVerfG Urteil vom 12.2.2003 Â 1Â BvR 624/01Â BVerfGE 107, 205, 212Â f = SozR 42500 Â§Â 10 NrÂ 1 RdNr 26 f).

22
Nach diesen GrundsÃ¤tzen ist das LSG zunÃ¤chst zutreffend davon ausgegangen, dass die Beitragspflicht der KlÃ¤gerin als solche mit ArtÂ 3 AbsÂ 1 iVm ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG vereinbar ist. Die von der Beitragsfreiheit fÃ¼r Elternzeit in Anspruch nehmende und/oder Elterngeld beziehende Pflichtversicherte (Â§Â 192 AbsÂ 1 NrÂ 2 , Â§Â 224 AbsÂ 1, Â§Â§Â 226Â ff SGBÂ V) abweichende Regelung fÃ¼r freiwillig Versicherte wÃ¤hrend der Elternzeit und/oder des Elterngeldbezugs ist durch Unterschiede in der jeweiligen SchutzbedÃ¼rftigkeit der jeweiligen Gruppe (vgl BVerfG Urteil vom 12.2.2003 Â 1Â BvR 624/01Â BVerfGE 107, 205, 212Â f = SozR 42500 Â§Â 10 NrÂ 1 RdNr 33 = juris RdNrÂ 37) gerechtfertigt. Auch hat der Senat bereits entschieden, dass mit dem weitgehenden Ausscheiden aus dem Erwerbsleben das bisher eine Gleichbehandlung rechtfertigende Merkmal beider Gruppen (=Â BeschÃ¤ftigung gegen Arbeitsentgelt) entfallen ist und es daher gerechtfertigt ist, Versicherte durch Anwendung der fÃ¼r ihren versicherungsrechtlichen Status maÃgeblichen Regelungen Ã¼ber die Bestimmung der beitragspflichtigen Einnahmen gegenÃ¼ber Pflichtversicherten anders zu behandeln (BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2 RdNrÂ 27Â ff mwN; BSG Urteil vom 24.11.1992 Â 12Â RK 8/92 Â BSGE 71, 244 = SozR 32500 Â§Â 224 NrÂ 2; BSG Urteil vom 7.11.1991 Â 12Â RK 37/90Â BSGE 70, 13, 19 = SozR 32500 Â§Â 240 NrÂ 6). Zudem ist auch ein untergesetzlicher Normgeber bei der Ordnung von Massenerscheinungen berechtigt, generalisierende, typisierende und pauschalierende Regelungen zu verwenden, ohne allein wegen damit im Einzelfall verbundener HÃ¤rten gegen den allgemeinen Gleichheitssatz zu verstoÃen. Der SpVBdKK durfte vor diesem Hintergrund in den BeitrVerfGrsSz zur BerÃ¼cksichtigung der wirtschaftlichen LeistungsfÃ¤higkeit freiwillig Versicherter die HÃ¤lfte der Einnahmen des Ehegatten als Mindesteinnahmen zugrunde legen, indem er auch einen gegenÃ¼ber dem Ehegatten bestehenden familienrechtlichen Teilhabeanspruch entsprechend vereinfachend verwaltungspraktikabel pauschalierend berÃ¼cksichtigt. Denn auch

dem SpVBdKK steht grundsÃ¤tzlich ein Gestaltungsspielraum zu, ob und in welcher HÃ¶he er Ehegatteneinkommen bei der Beitragsbemessung zugrunde legt (vgl BSG Urteil vom 28.9.2011 Â BÂ 12Â KR 9/10Â RÂ juris RdNrÂ 21 mwN zur frÃ¼heren Satzungsregelung der Krankenkasse).

23
Der Schutzbereich der ArtÂ 3 AbsÂ 1 iVm ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG ist auch insoweit erÃ¶ffnet, als Eheleute dadurch gegenÃ¼ber nichtehelichen Lebensgemeinschaften benachteiligt werden, dass dem verheirateten freiwilligen Mitglied in der GKV die HÃ¤lfte der EinkÃ¼nfte seines privat krankenversicherten Ehegatten zugerechnet wird und damit eine hÃ¶here Beitragslast entstehen kann als in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit ansonsten vergleichbaren Rahmenbedingungen. In einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zwischen einem Einkommen beziehenden privat und einem wÃ¤hrend der Elternzeit und/oder des Elterngeldbezugs (ansonsten) einkommenslosen freiwillig gesetzlich krankenversicherten Partner sind neben den PrÃ¤mien zur privaten Krankenversicherung nur MindestbeitrÃ¤ge zur GKV und sPV zu entrichten (vgl BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2). Bei Ehegatten sind hingegen neben den PrÃ¤mien zur privaten Krankenversicherung (hÃ¶here) BeitrÃ¤ge bis zur halben Beitragsbemessungsgrenze zu zahlen. Diese lediglich punktuelle Benachteiligung ist verfassungsrechtlich jedoch nicht zu beanstanden (vgl BSG Urteil vom 15.8.2018 Â BÂ 12Â KR 8/17Â RÂ BSGE 126, 189 = SozR 42500 Â§Â 240 NrÂ 36, RdNrÂ 19Â ff mwN; BSG Urteil vom 17.5.2001 Â BÂ 12Â KR 31/00Â RÂ SozR 32500 Â§Â 240 NrÂ 38). Das der BerÃ¼cksichtigung der HÃ¤lfte der Einnahmen des Ehegatten bis zur hÃ¤lftigen Beitragsbemessungsgrundlage zugrunde liegende Konzept berÃ¼cksichtigt die Interessen der zu vergleichenden Gruppen von Versicherten auch vor dem Hintergrund des besonderen Schutzes von Ehe und Familie.

24
Das SGBÂ V, das SGBÂ XI und die BeitrVerfGrsSz sehen fÃ¼r Eheleute einen besonderen Familienlastenausgleich in Form der beitragsfreien Familienversicherung vor. Verheiratete Elternteile haben damit grundsÃ¤tzlich die MÃ¶glichkeit, die Beitragslast fÃ¼r den einkommenslosen Ehegatten wÃ¤hrend des Elterngeldbezugs vollstÃ¤ndig zu vermeiden, die nicht verheirateten Elternteilen verwehrt ist (vgl BVerfG Urteil vom 12.2.2003 Â 1Â BvR 624/01Â BVerfGE 107, 205, 212Â f = SozR 42500 Â§Â 10 NrÂ 1 RdNr 40 = juris RdNrÂ 44). Nach Â§Â 10 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ V sind (ua) Ehegatten (beitragsfrei) mitversichert, wenn sie neben weiteren Voraussetzungen kein Gesamteinkommen haben, das regelmÃ¤Ãig im Monat ein Siebtel der monatlichen BezugsgrÃ¶Ãe Ã¼berschreitet. Â§Â 191 NrÂ 3 SGBÂ V sieht die MÃ¶glichkeit einer verkÃ¼rzten KÃ¼ndigungsfrist in der freiwilligen GKV vor, wenn die Voraussetzungen einer Familienversicherung erfÃ¼llt sind. ErgÃ¤nzend bestimmt Â§Â 8 AbsÂ 6 BeitrVerfGrsSz fÃ¼r bestimmte Personen die Beitragsfreiheit. Mit diesen Regelungen beseitigen das SGBÂ V und die BeitrVerfGrsSz weitgehend die Nachteile, die freiwillig GKVversicherten Eheleuten durch die BerÃ¼cksichtigung der HÃ¤lfte des Partnereinkommens entstehen. Ist der erwerbstÃ¤tige Ehegatte in der GKV versichert, hat er (HÃ¶chst)BeitrÃ¤ge auf sein volles Einkommen zu entrichten, wÃ¤hrend der Â bis auf ElterngeldÂ einkommenslose Ehegatte beitragsfrei ist. Vor der Geburt eines Kindes hÃ¤tten

hingegen beide Ehegatten (insgesamt also doppelt) (HÃ¶chst)BeitrÃ¤ge auf ihr gesamtes Einkommen zu zahlen. Die BeitrÃ¤ge der Eheleute sind wÃ¤hrend der Elternzeit und des Elterngeldbezugs damit typischerweise um die HÃ¤lfte geringer als vor der Geburt des Kindes. DemgegenÃ¼ber kommt es bei unverheirateten Paaren fÃ¼r die Versicherung des einkommenslosen Elternteils nicht darauf an, ob der andere Elternteil in der GKV versichert ist. Sind beide freiwillig in der GKV versichert, zahlen beide Â wie verheiratete PaareÂ vor der Geburt (HÃ¶chst)BeitrÃ¤ge auf das volle Einkommen. Nach der Geburt zahlen sie dagegen nicht nur einmal (HÃ¶chst)BeitrÃ¤ge, sondern zusÃ¤tzlich einmal (Mindest)BeitrÃ¤ge (vgl BSG Urteil vom 30.11.2016 Â BÂ 12Â KR 6/15Â RÂ SozR 42500 Â§Â 224 NrÂ 2) und damit insgesamt mehr als Eheleute.

25
Ist ein Ehegatte nicht in der GKV versichert, fehlt es an einem Stammversicherten fÃ¼r die beitragsfreie Familienversicherung, so dass der in Â§Â§Â 10, 191 NrÂ 3 SGBÂ V und Â§Â 8 AbsÂ 6 BeitrVerfGrsSz zum Ausdruck gebrachte Familienlastenausgleich nicht zum Tragen kommt. Der Normgeber hat den Familienlastenausgleich jedoch auch auf Eheleute Ã¼bertragen, die nicht beide in der GKV versichert sind, indem er die Ressourcenverteilung in der Ehe (vereinfacht) nachgezeichnet hat. Er verfolgt damit den verfassungsrechtlich legitimen Zweck, beide Gruppen von Eheleuten typisierend gleichzustellen (vgl BSG Urteil vom 24.4.2002 Â BÂ 7/1Â A 1/00Â RÂ BSGE 89, 213, 224 = SozR 32500 Â§Â 240 NrÂ 42). Nach dem Konzept der Â§Â 240 AbsÂ 5 SGBÂ V und Â§Â 2 AbsÂ 4 BeitrVerfGrsSz mÃ¼ssen auch Eheleute, die in verschiedenen Sicherungssystemen versichert sind, insgesamt nur einmal BeitrÃ¤ge unter BerÃ¼cksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze zahlen. Die HÃ¤lfte des gemeinsamen Einkommens wird dem freiwillig versicherten Ehegatten zugeordnet. Die andere HÃ¤lfte wird Â unabhÃ¤ngig von den nach Risiko und nicht nach Einkommen berechneten tatsÃ¤chlichen Kosten der privaten KrankenversicherungÂ dem privat versicherten Ehegatten belassen, so dass der Teil des Einkommens in der GKV beitragspflichtig ist, der typisierend dem Anteil des einkommenslosen Ehegatten an den GKV und sPVLeistungen bei einer Familien oder beitragslosen freiwilligen Versicherung entspricht und die wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit beider Ehegatten prÃ¤gt, auch wenn einer der beiden die ErwerbstÃ¤tigkeit vorÃ¼bergehend zugunsten von Familienarbeit aufgibt (vgl BVerfG Beschluss vom 5.2.2002 Â 1Â BvR 105/95Â uaÂ BVerfGE 105, 1). Sie begrenzen Â unter BerÃ¼cksichtigung von pauschalierten Kosten der Krankenversicherung der Kinder (Â§Â 240 AbsÂ 5 SGBÂ V, Â§Â 2 AbsÂ 4 SatzÂ 3 BeitrVerfGrsSz)Â das zu berÃ¼cksichtigende Einkommen Â entsprechend der Regelung fÃ¼r beide in der GKV versicherte EheleuteÂ auf die Beitragsbemessungsgrenze, die jedem Ehegatten zur HÃ¤lfte zugeordnet wird.

26
Eine Gleichbehandlung mit Elternteilen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ist nicht geboten. Zutreffend ist zwar, dass auch nichteheliche Lebensgemeinschaften, insbesondere mit gemeinsamen Kindern, in der heutigen RealitÃ¤t vielfach durch ein gegenseitiges Einstehen geprÃ¤gt sind (vgl BVerfG Beschluss vom 10.11.1998 Â 2Â BvR 1057/91 uaÂ BVerfGE 99, 216, juris RdNrÂ 83Â ff). Damit ist aber nicht notwendig und rechtlich durchsetzbar eine

hÃ¤lftige Teilung der vorhandenen Ressourcen verbunden. Vielmehr kann das Einstehen auch auf die tÃ¤glichen BedÃ¼rfnisse beschrÃ¤nkt sein. Die gesetzlichen AnsprÃ¼che des Familienarbeit leistenden gegenÃ¼ber dem erwerbstÃ¤tigen Partner fordern eine hÃ¤lftige Aufteilung des Einkommens nicht. Sie knÃ¼pfen nicht vergleichbar an die gemeinsamen LebensverhÃ¤ltnisse an (vgl Â§Â 1615l BGB, dazu ausfÃ¼hrlich BVerfG Urteil vom 12.2.2003 Â 1Â BvR 624/01Â BVerfGE 107, 205, 212Â f = SozR 42500 Â§Â 10 NrÂ 1 RdNr 41 f = juris RdNrÂ 45Â f; BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 26.11.2018 Â 1Â BvR 1511/14Â juris RdNrÂ 10).

27
Dass die KlÃ¤gerin in der vorliegenden Konstellation tatsÃ¤chlich mehr zahlt als eine unverheiratete Mutter in einer vergleichbaren Situation, ist allein darauf zurÃ¼ckzufÃ¼hren, dass die private Krankenversicherung keine (beitragsfreie) Familienversicherung kennt. Letztlich beruht die Beitragspflicht der KlÃ¤gerin damit auf der Entscheidung der Eheleute fÃ¼r unterschiedliche Versicherungssysteme. WÃ¤hrend der Ehemann der KlÃ¤gerin die private Krankenversicherung gewÃ¤hlt hat, ist die KlÃ¤gerin in der GKV versichert. ArtÂ 6 AbsÂ 1 und 2 und ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG schÃ¼tzen aber nicht vor allen denkbaren finanziellen Folgen der freien Entscheidung fÃ¼r ein Versicherungssystem. Deshalb kommt es auch nicht darauf an, ob die Beitragsbelastung der Eheleute insgesamt tatsÃ¤chlich die HÃ¶chstbeitrÃ¤ge in der GKV Ã¼bersteigen wÃ¼rde. Eine andere Entscheidung ist auch dann nicht geboten, wenn die Eheleute wirtschaftlich â□□unter dem Strichâ□□ einer hÃ¶heren Belastung ausgesetzt sind als vor der Geburt des Kindes. Dies kann sich daraus ergeben, dass im Gegensatz zur KlÃ¤gerin ihrem Ehemann als SelbststÃ¤ndigem kein Anspruch auf den Arbeitgeberzuschuss nach Â§Â 257 SGBÂ V zustand. Es ist keine Rechtsgrundlage ersichtlich, die eine vollumfÃ¤ngliche Kompensation wirtschaftlicher Mehrbelastungen durch die GKV und sPV verlangt.

28
Entgegen der Auffassung der KlÃ¤gerin wird damit auch nicht ungerechtfertigt in die freie Entscheidung der Eheleute Ã¼ber die Aufgabenverteilung in der Ehe (vgl BVerfG Beschluss vom 10.11.1998 Â 2Â BvR 1057/91 uaÂ BVerfGE 99, 216, juris RdNrÂ 70) eingegriffen. Die Aufgabe der ErwerbstÃ¤tigkeit durch einen Ehepartner berÃ¼cksichtigt der Normgeber der BeitrVerfGrsSz im Rahmen der Beitragsberechnung durch die BerÃ¼cksichtigung nur der HÃ¤lfte der Summe der Einnahmen, hÃ¶chstens bis zu einem Betrag in HÃ¶he der halben Beitragsbemessungsgrenze.

29
3.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 193 SGG.

Â

Erstellt am: 11.06.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024